

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO36, Schlesische Str. 42  
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 24. Oktober 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## In die Flucht geschlagen

**I**m Vordergrund aller politischen und wirtschaftspolitischen Vorgänge steht die Reichstagsentscheidung zugunsten des zweiten Kabinetts Brüning. Nach einhalbjähriger Pause trat der Reichstag vom 13. bis 16. Oktober zu seiner Herbsttagung zusammen, um zu entscheiden, ob das neugebildete Ministerium Brüning von der Bildfläche verschwinden sollte oder nicht. Noch am Donnerstag, also einen Tag vor der Abstimmung, war es recht zweifelhaft, ob sich eine Mehrheit für Brüning finden würde, und die Harzburger Fronde der Deutschnationalen mit ihren Trabanten, den Nationalsozialisten, waren in allerbesten Stimmung. In einem Offenen Brief Hitlers an den Reichskanzler, der fast drei Seiten des „Völkischen Beobachter“ umfaßt, kam, wenn auch vorsichtig, so doch unzweideutig zum Ausdruck, daß die Hitler-Garde gewillt ist, sowohl in der auswärtigen Politik als auch in bezug auf gewisse innere Differenzen, erhebliche Konzessionen zu machen. Vielleicht hat auch die Unterredung Hitlers mit Hindenburg kurz vor dieser Tagung dieses Resultat herbeigeführt. Jedenfalls ist festzustellen, daß die Reaktion glaubte, auf legalen Wege sich des Staatsapparates bemächtigen zu können, um dann alles zusammen über den Haufen zu werfen und den Faschismus in Deutschland aufzurichten. — Dies ist durch die Haltung der Sozialdemokratie verhindert worden, wobei allerdings betrüblich bleibt, daß ein Teil der Arbeiterschaft, soweit er bei den Kommunisten seine politische Vertretung findet, mit der Reaktion wiederum zusammen marschiert ist, wie beim Volksentscheid. Wir möchten annehmen, daß jeder Arbeitnehmer, der sich auch nur einigermaßen mit politischen Problemen beschäftigt hat, die taktische Situation nach Harzburg klar erkennen mußte. Es stand nicht nur das ganze Tarifrecht der Arbeiter und die deutsche Sozial-

politik auf dem Spiele, sondern darüber hinaus sollte die gesamte Gewerkschaftsbewegung schwer getroffen werden und zu alledem auch noch das Kleinbürgertum und die Sparer durch ein „Inflationöchen“ extra geschröpft werden. Dr. Schacht hatte in Harzburg den Ton angegeben zu einem neuen Sturmangriff auf die deutsche Goldmark. Ob nun die neue Währung „Binnenmark“ oder einen anderen Namen bekommen hätte, das Inflationselement hätte sich in Deutschland zum zweiten Male auswirken können. Das hätte bedeutet erhebliche Verteuerung aller Warenpreise und indirekte Herabsetzung aller Arbeitslöhne auf ein Minimum, das nicht einmal zum Leben ausreichte bei stärkster Arbeitsanspannung. Wer sich die unseligen Zeiten vor 1923 in Erinnerung ruft — und das trifft nicht nur für die zehn Millionen Arbeitnehmer, sondern auch für weite Kreise des Kleinbürgertums zu —, der muß sich unter allen Umständen gegen eine zweite Inflation wenden. Deswegen bleibt es vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus unverstänlich, wie Vertreter der Arbeiterschaft diesen Zustand mit herbeiführen helfen wollten durch die gemeinsamen Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning. \* \* \*

Wir müssen dabei mit aller Deutlichkeit betonen, daß wir Gegner dieses Kabinetts Brüning sind. Es liegt für die Arbeiterschaft gar kein Anlaß vor, irgendwie eine Vertrauenskundgebung für Brüning zum Ausdruck zu bringen. Aber es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, auf derjenigen Linie zu kämpfen, wo der Kampf einigermaßen Aussicht auf Erfolg bietet. In der Wahl, die uns blieb zwischen Brüning und Hugenberg-Hitler, war es nicht schwer, sich zu entscheiden. Gewiß kann man zugeben, daß es manchen Unzufriedenen gibt, der die politischen Vorgänge im einzelnen nicht übersehen kann. Er ist der Meinung, die unerträglichen Zustände der Jetztzeit müssen durch „Oppo-

### Reaktion oder sozialer Fortschritt?

In ganzer Breite wurde diese Schicksalsfrage vor dem deutschen Volke in den letzten Tagen aufgerollt. Die Gegenrevolution ist aufmarschiert! Unter dem Schutze der nationalsozialistischen Regierung Braunschweigs hat sie in Bad Harzburg ihre Parade abgehalten. Prinzen und Exzellenzen, Geheimräte und Schlotbarone, Kriegstreiber und Inflationsapostel haben sich dort zusammengefunden, um der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Demokratie und Republik Kampf anzusagen. Hitler, Hugenberg, Selde, Schacht, Graf Kalckreuth und der Prinz Auwi, der berüchtigte alldeutsche Geheimrat Claß — das Ganze nennt sich anmaßend „nationale Opposition“! In Wirklichkeit hat sich diese famose „nationale Opposition“ seit jeher nur als Verderber Deutschlands betätigt. Ihr neues Ziel ist die Aufrichtung einer Vormachtstellung des kapitalistischen Großbürgertums in Staat und Gesellschaft. Deshalb sollen die Schutzwehren der Arbeiterschaft: Demokratie, Gewerkschaft, Tarifrecht und Sozialversicherung zertrümmert werden. Die Hitler-Partei hat sich endgültig demaskiert. Die Schleier sind gefallen. Der sogenannte Nationalsozialismus stellt die abscheuliche Fratze der bestochenen Unternehmernknechte ganz unverhüllt zur Schau. Die Braunhemden glauben wohl, die Zeit sei gekommen, wo sie das Wort ihres größenwahnsinnigen Herrn und Meisters Adolf Hitler in die Tat umsetzen müßten:

„Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrschaft, die sich klar darüber ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat, zu herrschen und diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos autokratisch und sichert.“

Das ist deutlich und nicht mißverständlich. Wir nehmen den hingeworfenen Fehdehandschuh entschlossen auf! Auf einem Bankett, das sich die Scharfmacher in dem feudalen Berliner Hotel „Kaiserhof“ gegeben haben, erfolgte die Klassenkampfarole:

„Auf der einen Seite die nationale Opposition“, auf der anderen die vereinigten Gewerkschaften!“

Unsere Werbeaktion ist zur rechten Zeit gekommen. **Es geht jetzt ums Ganze!**

Jeder Nerv muß angespannt werden, um in rastloser Aufklärungs- und Werbearbeit auch den letzten, dem Gesamtverbande noch fernstehenden Berufskollegen einzureihen in die gewerkschaftliche Organisation. Trotz aller Nöte der Gegenwart bahnen wir dem sozialen Fortschritt eine Gasse, wenn jeder einzelne von uns unter Einsatz seiner ganzen Kraft der Werbearole des Verbandes dient:

**Stärkt unsere Kampffront!**

*E. Pöppner*

schaften, auf derjenigen Linie zu kämpfen, wo der Kampf einigermaßen Aussicht auf Erfolg bietet. In der Wahl, die uns blieb zwischen Brüning und Hugenberg-Hitler, war es nicht schwer, sich zu entscheiden. Gewiß kann man zugeben, daß es manchen Unzufriedenen gibt, der die politischen Vorgänge im einzelnen nicht übersehen kann. Er ist der Meinung, die unerträglichen Zustände der Jetztzeit müssen durch „Oppo-

tion" überwunden werden. Dabei wird aber immer wieder vergessen, daß wir uns in einer Krise befinden, die nicht nur Deutschland umfaßt, sondern eine Weltkrise ist. Alle Vorschläge und Maßnahmen, die von irgendeiner Regierung kommen können, bedeuten immer nur günstigsten Falles eine Milderung, nicht aber eine Aufhebung dieser Wirtschaftskrise. Denn sie ist ein Ausfluß des privatkapitalistischen Systems und sie kann erfolgreich und sicher nur überwunden werden durch Überwindung des Kapitalismus selbst. Die sozialistische Planwirtschaft ist der einzige Weg, um solche Krisenerscheinungen zu verhindern oder sie zu überwinden. Für die unmittelbare Durchführung des Sozialismus fehlt uns aber gegenwärtig leider die Macht. Darum mußten wir wohl oder übel für die Regierung Brüning stimmen, die dann bekanntlich mit der geringen Mehrheit von 25 Stimmen (295 gegen 270) siegte. \* \* \*

Wenn man in diesen Tagen im Parlament selbst Beobachtungen machen konnte, so kam unwillkürlich der Gedanke: Was ist aus dem deutschen Parlamentarismus geworden? Wohl sprach man schon in der Vorkriegszeit von seinem Niedergang. Aber das waren doch meist bürgerliche Stimmen, die mit der allmählichen Entwicklung zur Demokratie unzufrieden waren. Mit der Schaffung der neuen Reichsverfassung durch die Weimarer Nationalversammlung 1919 sollte sich nun endgültig in Deutschland das demokratisch-parlamentarische System durchsetzen. Aber schon im folgenden Jahre kam es zu der Großrevolte des Kapp-Putsches, der gegen Reichstag und Demokratie gerichtet war und den die Gewerkschaften in wenigen Tagen zu Fall brachten. Es folgte mit der Inflationszeit die Zeit der Kommunistenputsche und der damit verbundenen schweren Eingriffe in das demokratische System. Nun hat sich in den letzten Jahren eine Konstellation herausgebildet, die ganz einzigartig und wenig erfreulich ist. Auf der einen Seite hat zwar der sozialdemokratische Block seine gewaltige Stärke annähernd erhalten können. Aber die Not der Zeit hat viele Menschen, die sich nicht systematisch mit politischen Fragen beschäftigen, irreführt. Sie sind gefühlsmäßig eingestellt darauf, es müsse alles an einem Tage oder wenigstens in ganz kurzer Zeit anders und besser werden. Darum haben sie sich von der planmäßigen politischen Arbeit abgewandt und erwarten ein Wundermittel, das ihnen verheißen wird durch Gewaltmethoden der KPD.

Im bürgerlichen Lager geht eine ganz parallele Erscheinung vor sich. Man ist namentlich bei den Kleinbürgern, Beamten usw. durch die Not der Zeit so zermürbt, daß man von einem systematischen und programmatischen politischen Denken nichts wissen will. Auch hier der Glaube an die Gewalt, an die Diktatur und die plötzliche Ueberrumpelung als Wundermittel der Politik. So konnten die Nationalsozialisten bei der letzten Reichstagswahl 107 Mandate gewinnen. Damit wurde die Wirtschaftslage Deutschlands katastrophal ungünstig beeinflusst. Milliarden von Krediten flossen ab in das Ausland. Der Reichstag wurde arbeitsunfähig und der demokratische Parlamentarismus war außerstande, mit diesem Parlament systematische Gesetzgebungsarbeit zu verrichten. Der Schachzug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, das Parlament lahmzulegen durch Auszug, mißlang. Wenn sie auch diesmal bei der Oktobertagung von dem gleichen Mittel wieder Gebrauch machten, so lagen dafür sicher rein taktische Erwägungen zugrunde, nämlich, man wollte sich drücken vor der Entlarvung. Die Abstimmung über eine Neuregelung der Fürstenabfindung sowie über den Schutz des Tarifrechts war ihnen peinlich, weil damit die reaktionäre Haltung der Hitler-Garde noch klarer zutage getreten wäre. \* \* \*

Aber nachdem die schlimmste Reaktion das Feld geräumt hatte oder richtiger gesagt, in die Flucht geschlagen war, fand sich sogar in diesem Reichstag eine große Mehrheit zusammen für den Schutz des Tarifrechts mit 319 gegen 80 Stimmen. Die Einheitsfront aller Arbeitnehmer, die ge-

rade in der verflossenen Woche geschlossen worden ist, hat unverkennbar schon eine gewisse günstige Auswirkung aufzuweisen. Der sozialdemokratische Antrag lautet:

„Alle Pläne und Forderungen auf Beseitigung oder Aushöhung des Tarifrechts sind abzulehnen; insbesondere sind die Angriffe auf die Unabdingbarkeit des Tarifrechts abzuwehren.“

Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokratie fordert Winterhilfe für die Erwerbslosen mit folgendem Wortlaut: Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, zum Schutze der notleidenden Bevölkerung gegen Hunger und Kälte eine Winterhilfe nach folgenden Gesichtspunkten durchzuführen:

1. Die Winterhilfe ist eine zusätzliche Naturalhilfe für alle Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung, und zwar für die Zeit vom 1. November 1931 bis zum 31. März 1932. Sie besteht in der Belieferung mit Kartoffeln und Kohle.

2. Die Naturalhilfe darf nicht zu einer Minderung der Geldunterstützung führen.

3. Die Naturalhilfe soll umfassen: a) Kartoffeln, 1,5 Zentner pro Kopf der zum Haushalt des Unterstützungsberechtigten gehörenden Personen; b) Kohle, 20 Zentner für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt.

4. Die Kohlenyndikate sind zu verpflichten, die Kohlen zu Preisen zu liefern, die nicht über dem Durchschnitt der jeweiligen Exporterlöse liegen.

5. Die Beschaffung von Kartoffeln soll in der Weise erfolgen, daß der Kartoffelmarkt entlastet wird und die Verluste bei der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein möglichst verringert werden.“

Der Reichstag hat dann in den Abendstunden des 16. Oktober 1931 noch eine Anzahl Beschlüsse gefaßt, die ebenfalls von weittragender Bedeutung sein können, wenn die Regierung Brüning sie sich zu eigen macht. Da ist zunächst das Gesetz über die Neugestaltung der Fürstenabfindung vom Reichstag angenommen. Es wird darin gefordert, daß eine weitere Auszahlung der Millionen solange zurückgehalten wird, bis eine Herabsetzung und Neugestaltung der Fürstenabfindung erreicht ist. Weiter wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die Streichung des Panzerkreuzers B gefordert. Dann vertagte sich der Reichstag bis zum 23. Februar 1932.

\* \* \*

Damit sind wir wohl in der politischen Situation für einige Zeit vor allzu großen Überraschungen gesichert; denn die Absicht der Nationalsozialisten, den 9. November 1931 zu einem Siegestag der Reaktion zu machen, in allen Ehren! Es ist ihnen nicht auf dem legalen Wege gelungen, das Parlament zum 8. November aufzulösen; denn dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Es wird ihnen auch nicht gelingen auf dem Wege des Putsches! Man mag über Groener im einzelnen denken wie man will. Aber er steht auf dem Boden der Verfassung. Jeder Versuch der Nationalsozialisten, auf dem Wege der Gewalt zu ihren politischen Zielen zu kommen, wird von dem neuen Reichsinnenminister Groener, der ja zugleich Reichswehrminister ist, niedergeschlagen werden. Darüber hinaus steht aber die starke Gewerkschaftsfront mit ihren sieben bis zehn Millionen Anhängern, wenn es sein muß, zum schärfsten Abwehrkampf bereit. Wir haben das Reichsbanner und wir haben die gefestigten Reihen der Sozialdemokratie. Politisch gesehen hat sich also die Situation erheblich verbessert. Das ändert aber freilich nichts an der wirtschaftlichen Misere. Es bleibt daher Aufgabe der Gewerkschaften, die wirtschaftliche Abwehrfront weiterhin zu befestigen. Die Auswirkung der Oktober-Notverordnung ist noch im Gange. Wenn auch durch die Erklärungen zum Tarifrecht vielleicht das Aller schlimmste noch zurückverdrängt werden kann, bleibt doch so viel, daß die allgemeine durchaus berechtigte Unzufriedenheit unter den Millionen der Arbeitnehmer nach wie vor weiterbesteht. So ist es nach wie vor Aufgabe der Gewerkschaften, alles daranzusetzen, um eine geschlossene Abwehrfront herbeizuführen.

E. D.

## Die Wirtschaft an der Ruhr

Dort, wo der Rhein von Süden nach Norden in alter Lebensfreude seinen Lauf fast vollendet hat, nimmt er bei Duisburg von Osten die Ruhr auf. In einem leicht eingeschnittenen Tale kommt sie ihm entgegen, das gar malerisch beiderseits von Hängen umfäumt wird, die bis hundert Meter hinaufsteigen und die über Werden und Witten bis in die Gegend von Schwerte führen. Nordwärts wird das Gelände ausgeglichener und flacher, bis es in die flatte Ebene von Münster führt. Diese Uebergangszone ist das Land, was man unter Ruhrgebiet versteht. Es ist eine Kulturlandschaft von seltsamem Ausdruck. Nicht einmal seine eigene Begrenzung liegt fest. Es läßt sich nicht scharf umreißen, weil der Begriff Ruhrgebiet keine gegebene natürliche Landschaft umspannt, sondern eine Industriezone, die noch nicht das Höchstmäß der Kraftentfaltung gewonnen hat. Die gewerbliche Betätigung in Kohle und Eisen gibt diesem „Gebiet“ das Gepräge der Einheitlichkeit. Mit 1500 Einwohnern auf den Quadratkilometer zählt das Ruhrgebiet zu dem am dichtesten bewohnten Flächen Europas. Nirgends auf der Welt gibt es auf so engem Raum so viele Großstädte wie hier. — In rascher Abwehslung ziehen die Werke der Hütten und Kohlenzechen an uns vorüber mit ihren schwarzen Bergwänden, überragt von den Türmen der Fördergerüste und qualmenden Schloten. Auf dem ganzen Bilde lastet etwas Düsteres und Schweres. Der Dunst des Kohlenstaubes umkleidet jeden Gegenstand mit einem ernsten Zug, der sich auch auf die Menschen legt und auf ihre Arbeit. Wer von anderwärts hierher zieht, gibt in der Regel viel auf. Nur der Lebenserwerb hält die Menschen zusammen. Ein dichtgepacktes Eisenbahnnetz durchzieht das „Gebiet“, wo in der Dorkriegszeit täglich 1000 Güterzüge die anfallenden Güter an- und abrollten, was ein Drittel der deutschen Güterbeförderung ausmachte. — Auf diesem Wirtschaftsgebiet lastet seit mehr als Jahresfrist eine schwere Abflakrüse. Wo früher in schnell vergangenen Jahren sich die Mornennebel mischten mit neuen Fahnen auflodernden Rauchs, bis schließlich ein dunkler Teppich über dem Steinmeer der Städte stand, da sind es heute immer weniger der schwarzen Gesellen, die stark und ausdauernd ihre Schwaden ausenden. Bald kann man die Schloten zählen, die noch im Dienste der Arbeit stehen. Mehr als zehn Millionen Tonnen Kohlen liegen auf Haufen und warten auf ihre Kraftentfaltung.

In den Fabriken klingt das Lied der Arbeit gedämpfter durch die langen Hallen, die schon soviel Menschen kommen und gehen sahen. Noch stehen die Maschinen in langen Reihen, die Transmissionen wirbeln; doch wieviel Maschinen sind dabei, auf deren Scheiben kein Riemen mehr läuft. Tot liegen sie da, verharzt ist das grünliche Öl an den Lagern, schon zeigt sich hier und da ein leichter gelbroter Schleier, der Rost stellt sich ein. Das Tempo der Arbeit ist noch immer das gleiche in den Skeletten der Werke. Die Stoppuhr gibt es an, die Sekunden zwingen. Je kleiner die Belegschaft, desto vielfältiger und emsiger die Arbeit. In den Pausen sucht man mit seinem Henkelmann die Ecke auf, wo sich die wenigen Ueberlebenden sammeln. Da fliegen keine lustigen — mitunter etwas prahlenden Reden mehr, daß man gestern abend „einen kleinen Zug gemacht habe“. Kurz ist die Arbeitszeit geworden, dünn die Lohnstücke. Da heißt es knappen und sparen. Das Gespräch dreht sich um das ewig gleiche Thema, um die Krise.

Rund 900 000 sind aus dem Produktionsprozeß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ausgeschaltet, davon 200 000 jugendliche unter 21 Jahren. Das ist eine ungeheure Menge tatenloser Jugend, die, weil ihr meist die ruhige Abgeklärtheit der Älteren fehlt, stürmisch nach etwas vom Leben verlangt, was ihr nur die Arbeit vermitteln soll und kann und großen Gefahren ausgesetzt ist. Handel und Gewerbe, kurzum alle Berufe hat die Krise erfasst. Aus der Quelle der Arbeit entfließt aller Wohlstand. Derstiegt dieser Quell, so verdorrt der Baum des Lebens in allen seinen

wirtschaftlichen und kulturellen Verzweigungen. „Hat der Arbeiter Geld, so hat es die ganze Welt.“ Die Kohlen- und Eisenbarone benutzen diesen wirtschaftlichen Niedergang, um ihre alten Herrenrechte zurückzuerobieren. Durch die unternehmerfreundliche Presse wird dem urteilslosen Bürgertum eingeklärt, daß es die überspannten Löhne der Arbeiter sind, die die Werke zum Erliegen gebracht haben. In erster Linie macht man die sozialistische Arbeiterbewegung für diese Entwicklung verantwortlich. In Millionen von bildlichen Darstellungen versucht man diesen Gedankengang den ausgemergelten Arbeitern in allen Betrieben beizubringen. Neben der Wiederaufpöpelung der „gelben Werkvereine“ werden der Stahlhelm und die Hitler-Bewegung finanziert, um sie als Schutzgarde gegen den Widerstand der organisierten Arbeiterschaft in diesem sozialen Krieg, den man jetzt zu entfesseln entschlossen ist, einzusetzen. Das Generalkommando der Schwerindustrie hat seine Forderungen in einem „Sofort-Programm“ der Regierung überreicht, das die Beseitigung der Tarifverträge sowie die Aufhebung des Schlichtungswesens zum Ziele hat. Unter der Parole „Öffnet ein Dentil“ hatten sich die „Schwertverdiener“ vor nicht allzu langer Zeit an die Regierung gewandt und eine Abänderung des Tarifrechts durch Notverordnung verlangt. Man glaubt mit den Belegschaften, die aus begreiflichen Gründen um ihre Arbeitsstelle besorgt sind und demzufolge einer Beeinflussung durch ihre Betriebsleitungen zugänglicher erscheinen, besser als mit den Vertretern der Gewerkschaften über einen Lohnabbau einig zu werden. Weil die Regierung Brüning diesen Befehl der „Ruhr-Herren“ nicht restlos ausgeführt hat, ist auftragsgemäß die Deutsche Volkspartei in das Lager von Hitler und Hugenberg abgewandert. — Herr Hugenberg, der frühere Direktor von Krupp, hat alle Feinde einer aufstrebenden Arbeiterschaft unter der Firmierung „Nationale Opposition“ nach Bad Harzburg ins Kurhotel zusammengeholt, um die reaktionäre Klassenfront zu einigen. Es war eine feine Gesellschaft, die dort aufmarschierte. Generaldirektoren — unter denen nach den Pressemeldungen das Ruhrgebiet besonders stark vertreten gewesen ist — Hochfinanz, Generäle, Kronprinzen, Kraut- und Schlotjunker. Ausgerechnet der frühere Reichsbankpräsident Schacht hat unter tosendem Beifall ausgesprochen, daß es in jeder Wirtschaft „Schaffende und Raffende“ gibt. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die „Raffenden“ in ihre Schranken zurückgewiesen würden. Herr Oberst Gilla, welcher von der Gute-Hoffnungshütte in Oberhausen an der Veranstaltung teilgenommen hat, wird seinem Chef, Herrn Generaldirektor Reusch, berichten müssen, daß es nunmehr mit einer Lohn-erhöhung in der deutschen Republik vorbei ist und er sich mit seinen 600 000 Mk. im Jahr so einrichten muß, daß er damit auskommt. Im übrigen werden die Gewerkschaften aller Richtungen den Fehdehandschuh der „Raffenden von Harzburg“ aufnehmen.

### Erfolge des Gesamt-Verbandes vor den Arbeitsgerichten

Im zweiten Halbjahr 1930 wurden von den Orts- und Bezirksverwaltungen vor den Arbeitsgerichtsbehörden und vor Tariffchiedsgerichten 3700 Rechtsstreitigkeiten durchgeführt. Dabei ist zu beachten, daß in einer großen Anzahl dieser Prozesse Ansprüche von mehreren Arbeitnehmern gleichzeitig in einem Verfahren vertreten wurden, so daß die Zahl der an den durchgeführten Klagen beteiligten Kollegen erheblich höher ist als die Zahl der Klagen selbst. Von den Rechtsstreitigkeiten wurden 3409 vor Arbeitsgerichten, 267 vor Landesarbeitsgerichten und 84 vor Tariffchiedsgerichten erledigt. (Die vor dem Reichsarbeitsgericht vertretenen Prozesse sind in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt.) 1046 Kündigungseinpruchsklagen nach §§ 84 ff. ArbG. wurden vertreten. Mit 2360 Klagen wurden geldliche Ansprüche — Lohn, Urlaubsgeld, Ueberstundenbezahlung usw. — verfolgt. In 221 Prozessen wurden sonstige Ansprüche — Ausfertigung eines Zeugnisses, Herausgabe von Arbeitspapieren u. a. m. — geltend gemacht oder Kollegen in gegen sie angestregten Prozessen vertreten. In mehreren Prozessen wurden verschiedene Ansprüche gleichzeitig geltend gemacht. In 29 Fällen war der Verband selbst Klagepartei. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um Feststellungsklagen über das Bestehen von Tarifverträgen. Ferner wurden noch 93 Streitigkeiten von Betriebs- und Gruppenträgern mit ihren Arbeitgebern über die Rechte aus dem ArbG. vertreten. Die Verfassung bzw. Rechtsbeschwerde wurde in 105 Fällen vom Gesamt-Verband in 102 Fällen vom Gegner eingeleitet.

1830 Rechtsstreitigkeiten wurden mit vollem Erfolg, 1214 mit teilweiseem Erfolg und schließlich 656 ohne einen Erfolg zu Ende geführt. Erstritten wurden an Kündigungsschadigungen nach § 87 ArbG. 73 653 Mk., an sonstigen Geldsummen 242 671 Mk., zusammen 316 324 Mk. In 644 Fällen bestand der Erfolg der Klage in der Wiedereinstellung oder Weiterbeschäftigung des gekündigten Kollegen, in 124 Fällen wurde die Ausstellung des Zeugnisses oder die Herausgabe der Papiere erstritten. Außerdem wurde in einer Reihe von Fällen erreicht: Abweisung gegnerischer Klageforderungen, Erhaltung von Arbeitswohnungen, Zurückweisung von Anträgen auf Entlassungen nach § 97 ArbG., Gewährung von Urlaub und anderer Sachleistungen des Arbeitgebers u. a.

Alles in allem spiegelt sich in diesen wenigen Zahlen und Angaben ein gewaltiges Stück fruchtbarer Arbeit des Verbandes im Interesse der Mitgliedschaft.

um zu zeigen, daß sie entschlossen sind, die Volksrechte mit ihrem Blute zu verteidigen. Wer den Arbeiter von heute zwingen will, wieder in das Maß von Elend zurückzusinken, wie es nach der Gründerperiode im Ruhrgebiet üblich war, bringt den gesellschaftlichen Bau zur Explosion.

Noch lebt in der organisierten Arbeiterschaft der Geist der Dorkämpfer der modernen Gewerkschaftsbewegung. Jeder organisierte Arbeiter, Angestellter und Beamte kennt die Hunderttausende von Schaffenden und die wenigen „Raffenden“ am Rhein und an der Ruhr. Er ist sich bewußt, daß nie schlagender als jetzt der Beweis für die Notwendigkeit des restlosen Zusammenschlusses der Arbeitnehmerschaft in starken Gewerkschaften erbracht wurde. Dem gemeinen Willen der Reaktion muß der geeinte Wille der Schaffenden Fäuste entgegengebracht werden.

## Entscheidungsschwere Sitzung des Reichstags gegen die „nationale Opposition“

Vor dem mit Recht so viel geschmähten Reichstag des 14. Septembers gewinnt man beinahe Achtung, nachdem er den Hugenbergern, Dingeldeyern und Hitler-Gesellen mit 25 Stimmen Mehrheit eine glatte Niederlage bereitet hat. Am 13. Oktober trat der Reichstag zusammen. Der Reichskanzler stellte zunächst die neue Regierung vor und knüpfte daran eine Erklärung der Regierung. Er wandte sich besonders gegen die Harzburger Fronde und deren Inflationsgelüste. Seine Rede klang aus mit einem hoffnungsvollen Blick in die Zukunft.

„Die Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Rates hervorragender wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat in Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten beschlossen, einen Wirtschaftsbeirat zu ernennen, der der Reichsregierung in den wechselvollen Entwicklungen der Krise zur Seite stehen soll. (In diesen Wirtschaftsbeirat sind u. a. berufen worden Larnow und Eggert vom ADGB, Schweitzer vom MSV-Bund, Otte und Jahn von den Christlichen und Semmer von den Christ-Deutschen Gewerkschaften.) Mit ihm gemeinsam wird in kurzer Frist ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet. Dieses Programm hat als erste Voraussetzung die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden darf. Als verantwortlicher Politiker muß ich mich dagegen wenden, daß in Harzburg Ausdrücke gebraucht worden sind, die den Glauben des deutschen Volkes an seine Währung erschüttern konnten. Daß die Stabilität der Reichsmark von der jetzigen Regierung nicht angezweifelt wird, dürfte jedem klar sein, der sich über die Regierungsmaßnahmen der Vergangenheit ein systematisches Bild gemacht hat. Als ich, ungewollt, in schwerer Stunde diese Aufgabe übernommen habe, bin ich mit der Konsequenz bis zum Letzten klar gewesen. Gewiß war damals eine Situation, die zu 90 Proz. verloren war. Das war nicht die Schuld der vorhergehenden Regierung Hermann Müller, sondern es war die Schuld der Fehler, die die gesamte Öffentlichkeit und ein Teil der Privatwirtschaft in den ganzen letzten Jahren gemacht haben. Die Stützung der Banken hat uns zur Einsicht geführt, daß eine Reform des Aktienrechts und eine Bankenaufsicht sowie weitere Maßnahmen notwendig sind. Die Privatwirtschaft, deren Berechtigung jetzt, wo sie auf Staatshilfe angewiesen ist, so vielfach bezweifelt wird, mußte die Ueberzeugung von ihrer Berechtigung und Notwendigkeit auf geschicktere Weise propagieren, als geschehen ist. Schwarz verurteilt der Reichskanzler solche privatwirtschaftliche Methoden, wie sie durch die Bankrotte der Fabrik und der Nordwolle zutage getreten sind. Unter deutlichem Hinweis auf die bekannte Rundgebung der Kapitalistenverbände warnt der Reichskanzler vor solchem Vorgehen, das notwendigerweise und zwangsläufig die Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft erzeuge. (Letzteres wäre durchaus zu begrüßen.) Nicht Kampf dieser beiden Lager kann uns vorwärts bringen, sondern nur der Geist der Arbeitsgemeinschaft (was wir bezweifeln), und der kommende Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung soll die Form finden, wo durch vertrauensvolle Aussprache beider Teile die Lösung herbeigeführt wird. Es gibt keine Wunderlösungen, keine Patentlösungen, es gibt nur den reinigen Weg, der mutig und schrittweise zurückgelegt werden muß. — Während 1929 noch 7,2 Millionen Tonnen agrarische Produkte aus dem Ausland eingeführt wurden, waren es 1930 nur 5,7 und werden es nach den Ergebnissen der ersten Monate in diesem Jahr nur noch 3,2 Millionen Tonnen sein. Das ist für die Landwirtschaft getan worden. Selbst im Augenblick der schwersten Krise ist die Arbeitslosigkeit in den vergangenen vier Wochen nicht so gestiegen, wie wir es nach der ganzen Weltlage befürchten mußten. Deshalb besteht die Möglichkeit für Deutschland, die paar Monate bis zu der notwendigen internationalen Lösung auszuhalten, die allein Verhütung und Besserung in der Welt schaffen kann. Heute können wir sagen, der Weg ist frei, und der kommende schwere Winter kann unter allen Umständen überstanden werden. Der Produktionsapparat der deutschen Wirtschaft ist gesund. Nahrungsmittel haben wir genug. Für die Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden ist Vorsorge getroffen. Es möchte merkwürdig zugehen, wenn das deutsche Volk mit seinem Lebenswillen und seinem politischen Instinkt nicht auch über diesen Winter hinwegkommen sollte, wenn wir ruhig entschlossen sind, durch internationale Zu-

Für unsere Kollegen im Gesamt-Verband muß die Offensive von Hugenberg das Signal sein, neue Kämpfer in unsere Front einzuziehen. 1849 ist es den raktionären Kräften gelungen, die junge freiheitliche Bewegung zu erwürgen. Die 80jährige Aufbauarbeit der sozialistischen Arbeiterbewegung gibt uns die Garantie, daß wenn uns die Reaktion den sozialen Krieg erklärt, wir zu kämpfen verstehen, eingedenk der Abschiedsworte von Freiligrath an die Leser der „Rheinischen Zeitung“ vom Mai 1849:

Wenn die letzte Krone wie Glas zerbricht  
In des Kampfes Wetter und Flammen,  
Wenn das Volk sein letztes „Schuldig“ spricht,  
Dann stehen wir wieder zusammen!  
Mit dem Wort, mit dem Schwert  
an der Donau — am Rhein.

Josef Gerbracht.

sammenarbeit die ganze Welt vor dem Versinken in unendliche Not und Armut zu bewahren.“

Als erster Redner aus dem Hause sprach Dr. Breitscheid (SPD.), dessen Ausführungen wir die folgenden Sätze entnehmen: „Es ist nicht die Republik, nicht die Demokratie und wahrhaftig nicht der Marxismus gewesen, der in die Krise geführt hat. Niemand wird den Vereinigten Staaten nachsagen, daß sie unter marxistischen Einflüssen sündeten, und die Krise ist dort größer und schwerer als bei uns. Es ist auch nicht allein die Notwendigkeit, Reparationen zu zahlen, die Not und Elend heraufbeschworen hat. Sicherlich ist sich alle Welt darüber klar, daß die Reparationen internationale Fehlleitung des Kapitals bedeutet haben, die Wirtschaft und Finanzen auch in anderen Staaten ungünstig beeinflussen mußte. Alles muß geschehen, um diesen Reparationszahlungen ein Ende zu bereiten. Worauf es dabei ankommt, ist, durch unsere Politik, unser Verhalten und Verhandeln andere zu überzeugen, daß diese Zahlungen für uns unerträglich und für sie eine Gefahr sind! Die politische Not hat zu den Notverordnungen geführt. Dieses System hat einzelnen Bürokraten in den Ministerien Gelegenheit gegeben, gewisse Lieblingsideen einzuschmuggeln, für die keine Mehrheit im Parlament ist. Das wesentliche, was wir an ihnen auszufragen haben, ist der Umstand, daß die bisherigen Notverordnungen die Lasten, die aus der wirtschaftlichen Not erwachsen, so einseitig auf die Schultern des arbeitenden Volkes gelegt haben. Diese Notverordnungen versagen es sich, gewisse psychologische Forderungen zu erfüllen. Ich denke dabei an die Fiskusabfindung, an das jaghafte Vorgehen gegen die hohen Gehalts- und Pensionsempfänger. Wenn Herr Brüning über diesen Winter hinwegkommen will, muß er aus diesen Halbheiten und Schwächen herauskommen. Wenn wir feststellen, daß die Vergütung von jeder gehörenden Tonne Kohle 50 Pfennig für politische Zwecke ausbleibt, daß diese 50 Pfennig nicht von der Bergindustrie, sondern von den Verbrauchern getragen werden, die damit einen Beitrag an die Kasse der Deutschnationalen und Nationalsozialisten zahlen, dann wird klar, warum die Kartellmagnaten sich gegen staatliches Eingreifen in ihre Preisgestaltung wehren. — Es sind bescheidene Ansätze gemacht worden, um die staatliche Kontrolle zu verstärken. Bankkontrolle und Aktienrechtsreform sind bescheidene Anfänge, die aber sofort die wildste Opposition hervorgerufen haben. Wenn den Herren verboten wird, in mehr als 20 Aufsichtsräten zu sitzen, so ist das ein Angriff auf ihre heiligsten Güter. Die Ablehnung jeder staatlichen Kontrolle des Kapitalismus durch die „nationale Opposition“ stellt sich zu der Ablehnung der Arbeiterforderungen, zum Kampf gegen Sozialpolitik, gegen Arbeitslosenversicherung, gegen Tarifrecht, gegen Schlichtungsweisen und für Inflation. Ob Sie (nach rechts) nun Schuldenverminderung, Feder-Geld, Winnengeld, Zinsherabsetzung der Goldpfandbriefe fordern, immer ist es Inflation, die vom Großgrundbesitz und der Großindustrie betrieben wird und die das Elend der Später und Kleinrentner ins Ungemessene steigern würde. Sie haben kein Wirtschaftsprogramm, Sie stellen die Massen, und die Deutschnationalen geben Ihnen dafür die Gelder. Der „Bayerische Courier“ hat festgestellt, daß die Inflationstreiber dieselben Leute sind, die in der Nacht zum 12. Juli vor Brüning auf den Anken Reichshilfe für die zusammengebrochenen Banken erbeten haben. Gegen den Sozialismus gehen Sie (zu den Nazis) mit den Vertretern des Großkapitalismus zusammen. Auf dem Bankett im „Kaiserhof“ ist festgestellt worden, daß die Fronten klar, herausgearbeitet seien, auf der einen Seite die „nationale Opposition“, auf der anderen die vereinigten Gewerkschaften. Niemand ist die Klassenkampfpapole deutlicher als hier ausgegeben worden. Wir wissen, das Kabinett Brüning wird uns zu dem sozialistischen Ziel nicht führen. Wir aber werden uns bemühen, auf diesem Wege, so lange wir ihn gehen, möglichst viel zu erreichen. Wenn wir trotz allem auch in diesem Augenblick, trotz der Erkenntnis des unsozialen Charakters des Kabinetts, die Mißtrauensanträge ablehnen, so deshalb, damit man uns Sozialdemokraten nicht die Verantwortung dafür zuschieben kann, der sozialen und der politischen Reaktion zum Siege verholfen zu haben!“

Dem Abgeordneten Breitscheid folgte der Nazimann Frick, der eine verhältnismäßig vorläufige Rede hielt. Ihm folgte der Kommunist Remmele und diesem der Deutschnationale Oberhofen, der um so deutlicher aussprach, was Frick vorzüglich

verschwiegen und was die Politik der vereinigten Harzburger Reaktion ist. Ganz klar sprach er aus, daß diese zum mindesten für Beseitigung des Schlichtungswesens und der Tarifverträge ist. Eine derbe Abfuhr wurde ihnen von dem folgenden Zentrumsredner Joos und dem Reichsfinanzminister Dietrich zuteil. — Fast noch schlimmer in reaktionärer Scharfmacherei war der Volksparteiler Dingeldey. Er verurteilte die Subvention des Wohnungsbaues, trieb eine nationallistische Heße gegen Frankreich (von dem Nachfolger Stressemanns als Parteiführer allerhand), das ganze System der Preis- und Lohnbildung müsse aufgelockert werden. Den Lohnabbau der Gemeindearbeiter habe man auf Einspruch der Sozialdemokraten gemildert, ebenso den Leistungsabbau der Arbeitslosenversicherung. Und die Logik auf den Kopf stellend, fragte er:

„Wollen Sie denn nicht durch einen Abbau der Arbeitslosenversicherung den Versuch machen, die Produktion wieder in Gang zu bringen? Warum führt man die Selbstverantwortung in der Sozialversicherung nicht durch, und warum hat man nicht schon vor Monaten versucht, die Frage der Reform des Tarifrechts auf das friedliche Gleis zu schieben?“

Nach Dingeldey kamen Leicht (Bayer. Dpt.), Weber (Staatspt.), die sich auch gegen die Harzburger Front wendeten. Ihnen folgten Döblich (Landu.) und Ziegler (SAP). Dann kam Aufhäuser zum Wort, der besonders scharfe Abrechnung mit den Hugenbergern, Hitlerianern und Dingeldeyern hielt. Er fragte:

„Wer ist mehr schuld als Herr Schacht, dieser Matador des Faschismus, an der Ueberladung Deutschlands mit kurzfristigen Krediten? Er hat den Gemeinden die Erlangung langfristiger Kredite gesperrt und alles getan, um die Kreditfähigkeit Deutschlands im Auslande zu zerschlagen! Selbstverständlich fragen sich die ausländischen Kreditgeber nach der Sicherheit ihres Geldes, wenn bei uns jeden Sonntag Stahlhelmsäcke und andere Kundgebungen des Willens zum Kriege vor sich gehen. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Herr Oberjochen hat von dem Leiden der Wirtschaftsknot gesprochen, aber kein Wort von Nordwolle und Lahusen. Er sprach von dem Pumpsystem, aber nichts davon, daß Hugenberg mitten drin sitzt, derselbe Hugenberg, der Kredit von der Danabank nimmt, die sich Bürgschaften vom Reich geben läßt. Die angeblich so hohen Löhne sollen für die Krise verantwortlich sein. Aber war nicht die Kapitalbildung in Deutschland 1927 bis 1929, als die Löhne stiegen, besonders groß? Von den Fragen des Tarifrechts und der Sozialpolitik hat Fried nicht mehr gesagt, als die Andeutung, daß Korporationen etwa nach italienischem Muster eingeführt werden sollen. Von all den Verprechungen der NS. bei der Reichstagswahl für die Kriegserntner und Unterführungsempfänger kein Wort! Die armen SA-Leute und alle Profektarier, die mit den NS. gehen, sollen nichts anderes sein, als Kanonensutter für den Kapitalismus. In einer Schrift über den deutschen Faschismus hat der den NS. nahestehende Professor Hans Freier, Leipzig, von dem aktiven Nichts gesprochen, das der Sieg des Faschismus im ersten Augenblick bedeutete. Dieses aktive Nichts ist das Programm der NS., wenn sie glücken sollten, Arbeiterinteressen Arm in Arm mit den Kapitalisten vertreten zu können. Dieses aktive Nichts ist die faschistische Betriebsamkeit, ist die Harzburger Resolution, ist die Erklärung Frieds hier im Reichstag. Was haben die 107 Nazis an Taten hier geleistet, auf die ihre Wähler gewartet haben, was haben sie getan, um das große soziale Mißwert zu fördern? Weggelaufen sind sie aus dem Reichstag. Das Parlament hat man lahmgelegt, das die Kollektenden in dieser Zeit mehr brauchen als je. Notverordnungen sind die Folge davon, daß eine so große Fraktion ihre einfachsten parlamentarischen Pflichten verkannt hat. Der Sozialdemokratie allein bleibt es überlassen, an den Notverordnungen die notwendigen sozialen Korrekturen vorzunehmen. Das haben wir getan und werden es auch bei der Oktoberverordnung tun. Das Schicksal lebender Menschen darf nicht wieder in die Hand der Ministerialbürokratie gelegt werden, die sich in den Notverordnungen genügend ausgelebt hat. Hugenberg will keine Sozialversicherung, er will Spärzwang. Herr Schacht hat am 14. Februar 1930 auf der Schäffer-Mahlszeit in Bremen Arm in Arm mit seinem Freund Lahusen die Sozialversicherung verhöhnt, indem er Deutschland als das Ideal des Sozialrentners bezeichnet hat, wo schon dem Neugeborenen sämtliche Versorgungsscheine einschließlich der Sterbekasse in die Wiege gelegt würden. Dieser Hohn gegen die Arbeiter — das ist ihr Sozialismus. Wir warnen die Regierung und auch die sogenannte nationale Opposition, den Kampf gegen die Tarifverträge aufzunehmen, der der Kampf gegen die Solidarität und des kollektive Empfindens der Massen überhaupt wäre. Wir bedauern, daß die Reichsregierung das Tarifrecht der öffentlichen Arbeiter eingeschränkt hat und diese Möglichkeit durch die neue Verordnung auch auf die gemischt-wirtschaftlichen Betriebe ausdehnt. Es ist kein Zufall, wenn die Gewerkschaften aller Richtungen hier zusammenstehen, von den freien Gewerkschaften bis zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Längst haben sich die deutschnationalen Gewerkschafter von Hugenberg losgesagt, die Gewerkschaftsvertreter der Deutschen Volkspartei versagen Herrn Dingeldey die Gefolgschaft, und nur noch in einer Partei, nur bei den NS., sitzen noch Arbeitervertreter, die noch nicht begriffen haben, worum es geht. Diese Gewerkschaftsfront wird in der nächsten Zeit immer enger werden. Es ist nicht revolutionär, sich im Hauen und Stechen zu üben — in diesem Augenblick ist revolutionär nur, wer bereit ist, die organisatorische Kraftentfaltung der deutschen Arbeiterklasse zu wagen. Wir warnen auch die Kommunisten, in dem Augenblick, wo der

Marß von Harzburg nach Berlin angekündigt wird, in diesem Augenblick ihre Truppen dem Klassenfeind zuzuführen, wie beim Volksentscheid. Wenn durch eure Hilfe Hugenberg und Hitler siegen, dann wird euch der Fluch der Arbeiter treffen. Zwingt man uns, den Kampf außerparlamentarisch zu führen — die Sozialdemokratie treibt nicht zum Bürgerkrieg — aber wenn es hart auf hart kommt, dann werden die Arbeiter zu kämpfen wissen. Es gibt für die deutsche Arbeiterklasse nur eine Kraft und eine Zuversicht, das sind ihre Organisationen. Wer in diesem Augenblick die Organisation der Arbeiterschaft zu schwächen versucht, der übt Verrat. Wer diese Organisationen anzugreifen wagt, den schlagen wir.

Nach einer Reihe weiterer Redner, darunter der Reichskanzler Brüning und Abg. Solimann (SPD), der sich mit Schärfe gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Rostock wandte, das das arme Land Mecklenburg-Strelitz verurteilte, den Prinzessinnen des ehemaligen mecklenburg-strelitzischen Fürstenhauses Millionen zu zahlen, kam es zur Abstimmung über die Mißtrauensanträge. Sie wurden mit 295 gegen 270 Stimmen abgelehnt. Damit blieb die gefährlichste Reaktion, die in diesem Falle leider von SAP und KPD. unterstützt wurde, mit 25 Stimmen in der Minderheit. Mit der Aufrichtung eines Faschistenregiments ist es also vorläufig noch nichts. Ueber die Abstimmung der von den Sozialdemokraten gestellten Anträge berichten wir im Leitartikel.

## Bildungsarbeit

### Erhöhte Werbe- und Bildungsarbeit in Dresden

Es ist eine alte Erfahrung, daß oft auch eine geringe Zahl zielbewußter und energischer Freigewerkschafter in guten Wirtschaftszeiten ganze Teile des großen Heeres der Unorganisierten mitzureißen imstande ist. In Zeiten starker Beschäftigung steigert sich die gewerkschaftliche Macht auch ohne Mitgliederzuwachs. In solchen Zeiten fällt es deshalb nicht schwer, erfolgreiche Werbe- und Bildungsarbeit zu leisten.

Die Erfolge der gewerkschaftlichen Kämpfe in der Konjunktur sprechen für sich. Die Zahl der Mitglieder nimmt zu. Mancher oberflächlich Denkender, manch einer, der mit besonders starker Veranlagung zum Eigennutz ausgestattet ist, wird mitgerissen und zu solidarischen Verhalten gezwungen. Hinzu kommt, daß die freigewerkschaftlich Organisierten meist auch die besten und tüchtigsten Arbeiter ihres Faches sind. Unternehmer haben das wiederholt schon bestätigen müssen. Die in Zeiten des Aufstieges auf den Gebieten der Agitation und der Bildungsarbeit ausgeworfene Saat geht meist erfreulich schnell auf.

Ganz anders ist das in Not- und Krisenzeiten. Je mehr sich die Zahl der Erwerbslosen steigert, um so größer gestaltet sich die Machtverschiebung zum Vorteil der Unternehmer. Wenn Arbeitskräfte in Hülle und Fülle zum Feiern gezwungen sind, dann haben es die Unternehmer leicht, gegen Errungenschaften aus guten Zeiten anzurennen. Krisenzeiten erschweren erfahrungsgemäß den Kampf der Gewerkschaften ganz ungeheuerlich. Die organisierte Arbeiterschaft wird aus der Angriffstellung in die Verteidigung gedrängt. In dieser Krise tritt als besonders erschwerendes Moment noch die Uneinigkeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten hinzu. Die Spaltung in verschiedene Richtungen schwächt die letzte und schärfste Waffe aus dem gewerkschaftlichen Arsenal auch in den Fällen ab, wo sie sonst noch durchschlagend wirken könnte. Gewisse Rückschläge und Verluste bleiben deshalb nicht aus. Solche Niederlagen wirken wie bei kämpfenden Armeen demoralisierend. Die noch nicht vollkommen Ueberzeugten werden fahnenflüchtig. Halbe und Laue geben schnell und kurz entschlossen ihre Mitgliedschaft in den Gewerkschaften wieder auf. Das Wirken der Verbände gestaltet sich um deswillen immer schwieriger. Werbe- und Bildungsarbeit erscheint fast aussichtslos.

Wenn man bedenkt, daß in diesen Notzeiten die Kassen der Verbände besonders stark in Anspruch genommen werden, daß aber auch auf der anderen Seite wiederum die Einnahmen durch Lohnabbau und Arbeitsverluste mehr und mehr zurückgehen, dann zeigt sich die ganze Schwierigkeit dieser Arbeit im vollen Ausmaß. Aber alle diese Hemmungen und Widerstände dürfen uns nicht zurückhalten, unsere bisher betriebene Werbe- und Bildungsarbeit kraftvoll fortzusetzen. Wir haben sie grade heute nötiger denn je.

Der Verbandsvorstand tat zweifellos recht daran, für das letzte Quartal des Jahres 1931 zu intensiverer Werbe- und Bildungsarbeit aufzurufen.

Die Ortsverwaltung Dresden des Gesamt-Verbandes hat allen Schwierigkeiten zum Trotz auch für diesen Winter ein umfangreiches Werbe- und Bildungsprogramm aufgestellt.

Am 9. Oktober 1931 fanden in zwei großen Dresdener Sälen Veranstaltungen für die Vertrauensleute, Betriebsräte und ihre Frauen statt. Sie waren als Auftakt für die Werbe- und Bildungsarbeit gedacht. Neben musikalischen Darbietungen bestritten Laienkräfte, die sich „Rote Ratten“ nennen, ein Kabarett. — Am 15. Oktober 1931 begann ein Kursus, der sich mit Fragen des Betriebsräterrechts und des Tarifrechts beschäftigte.

Außerdem werden vier Vortragsabende abgehalten, die unter dem Stichwort „Untergang oder Unterbrechung des Aufstiegs“ stehen. Am ersten Abend (26. Oktober) spricht Kollege Kurpat über „Machen die Verhältnisse den Menschen oder macht der Mensch die Verhältnisse“. Am zweiten Abend (2. November) „Ewiger Kapitalismus oder Umwandlung zum Sozialismus“. Am dritten Abend (16. November) „Ist Nationalismus Vergangenheit und Internationalismus Zukunft?“ Vierter Abend (23. November) „Welche Wege führen aus der trüben Gegenwart in lichtvollere Tage?“ — Für das nächste Quartal sind fünf Unterrichtsabende vorgesehen, in denen Kollege Stadtrat Förster „Die private und die öffentliche Wirtschaft“ besprechen wird. — Sonntag, den 1. November 1931 finden zwei Theateraufführungen statt. Eine Gruppe arbeitsloser Schauspieler bringt die bekannte Rosenowske Komödie „Kater Lampe“ zur Aufführung. — Freitag, den 4. Dezember 1931 läuft im großen Saale des Trianon der Film „Derbun“ (das Leid zweier Döcker). Vorher spricht die Reichstagsabgeordnete Toni Sender über die notwendige deutsch-französische Verständigung. — Wie im Vorjahre, so findet auch diesmal (17. Dezember 1931) eine Märchenaufführung für die Kinder unserer Mitglieder in einem der größten Säle Dresdens statt. Wir haben uns im Vorjahre mit den Kindern über den Wert und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation unterhalten und wollen auch dieses Jahr vor der Aufführung des Märchens über diese Dinge in leicht verständlicher Weise mit den Kindern Zwiesprache halten. — Im Januar findet ein Bunter Abend statt, an dem das Förster-Orchester und eine Schauspielergruppe mitwirken. Der Abend soll der Pflege der Solidarität unter den aktiven Mitgliedern dienen. — Am Freitag, dem 12. Februar 1932 wird in einem der größten Säle der Reichstagsabgeordnete Breitscheid über die Weltarbeitskonferenz und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft sprechen. — Für Ende Februar sind wiederum zwei Theateraufführungen vorgesehen. — Am 25. März 1932 findet eine Märzfeier statt. — Für die weiblichen Mitglieder unserer Ortsgruppe ist am 5. April 1932 ein Frauenabend vorgesehen. — Praktische Vorführungen von Gas- und Stromapparaten werden geboten. — An einem Tage des Februar soll das Planetarium gemietet werden. Außerdem finden während des Winterhalbjahres zahlreiche Führungen durch die Gemäldegalerie, das Döckerkudemuseum, das Hygienemuseum, das historische und künstlerische Dresden und die Gas-, Wasser- und Eltwerke statt. — Außerdem haben einige Gruppen, so u. a. die Berufsfeuerwehr, Fachgruppe Gartenbau und Friedhöfe, Hausangestellte besondere Veranstaltungen vorgesehen, die der Werbe- und Bildungsarbeit dienen sollen.

Die Gruppe Altersmitglieder war auch während des Sommerhalbjahres außerordentlich rührig. Sie hat eben ihr Winterprogramm mit einer überaus stark besuchten Veranstaltung begonnen. Kollege Mersch hielt einen Vortrag über „Eine Reise um die Welt“.

es ist selbstverständlich, daß der Erfolg unseres Programmes abhängig ist von der Aktivität und der Mitarbeit unserer Vertrauensleute und breiter Kreise der Mitgliedschaft. Im Vorjahre ist von allen Beteiligten mit außerordentlichem Fleiß gearbeitet worden. Wenn das auch in Zukunft geschieht, dann dürfte der erhoffte Erfolg trotz Not und Sorgen nicht ausbleiben.

O. Kpt.

### Aus den deutschen Gewerkschaften

Eine Konferenz der Gewerkschaftsredakteure tagte am 13. Oktober in Berlin im Hause des Verbandes der Buchdrucker. Außer den Redakteuren der ADB, angeschlossenen Gewerkschaften nahmen teil die Fachauschüsse der Presse des AFA-Bundes und des ADB. Ferner war vertreten die Redaktion der „Arbeiter-Turn- und Sportzeitung“. Genosse Naphthali referierte über „Wege aus der Wirtschaftskrise“. Er untersuchte zunächst die Ursachen der Wirtschaftskrise, wobei er feststellte, daß die lächerliche Behauptung der Nationalisten, die Ursache der Wirtschaftskrise läge in den Reparationszahlungen, von ihnen selbst nicht mehr geglaubt werde, nachdem selbst Amerika zehn Millionen Arbeitslose hat. Im Verlaufe seiner Rede ging er auch auf die von nationalisistischer Seite geforderte Inflation ein, die er für Deutschland geradezu für katastrophal hält, weil sie schon rein

psychologisch nicht tragbar ist. Wenn auf das englische Beispiel verwiesen wird, so ist zu sagen, daß England keine Inflation durchgemacht hat und infolgedessen die Bevölkerung auch jetzt bei herabgesetztem Pfundwert das Vertrauen zu ihrer Währung hat. Deutschland hingegen hat die schwere Inflationszeit des Jahres 1923 durchgemacht. Die Furcht vor einer Wiederkehr dieser Zeit ist jetzt schon sehr groß. Ein Absinken der Mark würde sofort den schlimmsten Sturm auf Banken und Sparkassen hervorrufen (Inzwischen sind ja auch die Harzburger selbst von ihrem Inflationsgeschrei abgerückt, so daß vorerst die Gefahr einer künstlichen Inflation wohl nicht mehr besteht). Naphthali hielt die Inflation nicht für eine akute Gefahr. Sollte sie aber dennoch kommen, müsse es erste Aufgabe der Gewerkschaften sein, sofort Goldlöhne zu verlangen und ein Reichsgesetz zu fordern, das Goldlöhne ausdrücklich vorschreibt. Ein Generalstreik, wie aus der Wirtschaftskrise herauszukommen ist, weiß niemand. Der Ausweg muß aber auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete gesucht werden. Dazu hält auch Naphthali als erste Voraussetzung internationale Verständigung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete für notwendig. Unsere auswärtige Politik war in letzter Zeit ein unsicherer Faktor. Naphthali erinnerte an die schweren Schäden, die uns der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion, die Stahlhelmparaden, die Ehrenmitgliedschaft des Reichspräsidenten beim Stahlhelm und der Hitler-Empfang durch den Reichspräsidenten zugefügt haben. Die Verständigung muß in erster Linie mit Frankreich erfolgen, weil dieses Land neben Amerika den notwendigen Goldvorrat hat, um die erforderlichen Anleihen zu gewähren. Eine Rechtsregierung bringt, ökonomisch gesehen, auf jeden Fall eine Verschlechterung. Das Vertrauen des Auslandes würde noch geringer sein als heute. Heftige Lohn- und Tarifkämpfe wären in Deutschland die Folge; denn die Gewerkschaften müßten jedem Lohndruck den schärfsten Widerstand entgegenzetzen. Dem Vortrage schloß sich eine kurze Diskussion an.

Es folgte dann ein Referat des Vorsitzenden des Arbeiter-Radio-Bundes, Genossen Flatau, über „Arbeiterschaft und Rundfunk“. Flatau wies darauf hin, in wieweit wachsendem Maße der Rundfunk von allen Parteien und Wirtschaftsorganisationen als Propagandamittel benutzt wird. Die Gewerkschaften müßten noch mehr als bisher den Rundfunk für ihre Zwecke benutzen. Flatau trat für ein Zusammenarbeiten von Gewerkschaften und Arbeiter-Radio-Bund ein. Die Ausführungen Flatau's wurden dann von dem Genossen Baumeister noch wesentlich ergänzt. Die Diskussion zu diesem Thema war sehr umfangreich, wobei Kollege Dittmer Kritik an den Programmen des Rundfunks übte, weil die Sender oftmals nicht nebeneinander, sondern gegeneinander arbeiten. Dittmer begrüßte die Herausgabe der Monatsprogramme des Deutschlandsenders, die auch den Gewerkschaftsblättern zur Veröffentlichung zugehen. — In einem weiteren Referat gab Genosse Dreßler vom Buchmeister-Verlag eine Uebersicht über die Gewerkschafts-Buchhandlungen und deren Bestreben, ein gemeinsames Wirken zu erzielen.

Am 14. Oktober versammelten sich die Konferenzteilnehmer in der Schule des Bauergewerksbundes am Werlsee. Genosse Geyßling sprach über „Nationalsozialisten und Gewerkschaften“. Er wies darauf hin, wie die Nationalsozialisten in verstärkter Weise in die Gewerkschaften einzudringen versuchen. Ihnen liegt weniger daran, neue Gewerkschaften ins Leben zu rufen, als nach früherer kommunistischer Art Zellenarbeit in den Gewerkschaften zu treiben. Er warnte davor, diese Bewegung als unbedeutend anzusehen. Die Gewerkschaften müßten vielmehr streng ihr Augenmerk darauf richten und die notwendigen Abwehrmaßnahmen ergreifen. Aufgabe der Gewerkschaftsblätter sei es insbesondere, Material gegen die Nationalsozialisten zu bringen, das die Gewerkschaftsmitglieder im Abwehrkampf verwenden können. — Aus der umfangreichen Debatte sind besonders bemerkenswert die Ausführungen des Kollegen Engel vom Landarbeiterverband. Er schilderte, wie die Landarbeiter immer mehr zu den Nazis übertraten. Die Ursache liege nicht so sehr im Druck der Gutsbesitzer, sondern in Versammlungsdiskussionen und Zeitungsartikeln. Die Nazis senden bereits besoldete Agitatoren aufs Land, die die Landarbeiter gegen die Gewerkschaften einnehmen. Der „Döckerische Beobachter“ brachte innerhalb 14 Tagen mehrere Artikel, die sich mit den Verhältnissen der Landarbeiter beschäftigten. Engel hielt das Operieren mit Schlagworten gegen die Nazis für falsch. Man könne ihnen nur mit Tatsachenmaterial gegenüberreten. Eine heikle Frage für sie ist besonders das Lohnproblem, dem sie gern ausweichen, weil sie es weder mit den Arbeitgebern noch mit den Arbeitnehmern verderben wollen.

Als letztes Referat folgte ein kurzer Bericht des Fachauschusses wobei Kollege Scheffler, der Vorsitzende, mit Bedauern feststellte, daß die Not der Zeit bereits einzelne Gewerkschaften gezwungen hat, eine Einschränkung ihrer Presse vorzunehmen. Den Schluß der Konferenz bildete die Vorführung eines Propagandafilms für die Volksfürsorge. — G. R.

### Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Im Reichstag wurden am 16. Oktober die Anträge der Rechtsparteien, Nationalsozialisten und Kommunisten auf Auflösung des Reichstags und die Mißtrauensanträge gegen die Minister Brüning, Schiele und Stegerwald mit einer starken Mehrheit abgelehnt. Der Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning verfiel mit 295 gegen 270 Stimmen der Ablehnung. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag zum Schutze des Tarifrechts und einer zusätzlichen Winterhilfe für die Erwerbslosen. Der Reichstag hat sich bis zum 23. Februar 1932 vertagt.

Die Stadt Braunschweig stand am 18. Oktober vollständig unter nationalsozialistischem Terror, demgegenüber die Polizei machtlos war. Die Zusammenziehung einiger tausend Hitler-Leute anläßlich einer Reichstagsung hat zu Zusammenstößen in den Arbeiterquartieren geführt, bei denen bis jetzt zwei Tote und 65 Verletzte gezählt wurden. Die Sozialdemokratische Partei Braunschweigs hat das Einschreiten des Reichsinnenministers verlangt.

Eine einheitliche Abwehrfront aller Gewerkschaften einschließlich des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Beamtenbundes hat sich gegen die „Nationale Opposition“ am 12. Oktober gebildet.

Der Hundertmillionen-Dollar-Kredit an Deutschland durch die Bank für internationale Zahlungen in Basel ist über die Zeit vom 6. November 1931 um weitere drei Monate verlängert worden.

Der preussische Finanzminister Höpfer-Nachhoff ist am 12. Oktober zurückgetreten.

Ein Bombenattentat haben die Kommunisten am 16. Oktober auf das Geschäftsgebäude des sozialdemokratischen „Kasseler Volksblatt“ in Kassel verübt, veranlaßt durch die wirkungsvolle Ausstellung der Zeitschrift „Im Dienste der kommunistischen Terrororganisationen“.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im September um 0,7 Proz. auf 134,0 gesunken.

Der Eisenbahnattentäter von Jüterbog und Bietzen wurde in der Person des ehemaligen ungarischen Oberleutnants Matuzska ermittelt.

An den Genfer Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der Mandatschüre hat Amerika am 16. Oktober zum ersten Male teilgenommen. Japan fühlt sich dadurch benachteiligt und droht mit dem Austritt aus dem Völkerbund.

Die spanische Regierung ist am 14. Oktober zurückgetreten, nachdem das Parlament mit 171 gegen 59 Stimmen die Aufhebung der Staatsreligion, der Jesuitenorden und die Ausweisung der Jesuiten beschlossen hat. Die Neubildung der Regierung hat der Kriegsminister Azana übernommen.

Der Goldverlust der Vereinigten Staaten beträgt rund 2½ Milliarden Mark. Die Union hat damit etwa 80 Proz. des Goldes eingebüßt, das sie in den letzten zwei Jahren empfangen hat.

Das amerikanische Erfindergenie Th. A. Edison ist am 18. Oktober im Alter von 85 Jahren gestorben.

### Aus unserer Bewegung

Lübeck. In der Dollerversammlung der Betriebsvertretungen unseres Organisationsbereiches am 11. Oktober sprach Kollege Dr. Wolff über „Geschäftsführung der Betriebsräte, Einspruchsverfahren, Verhalten bei Betriebsseinschränkungen und -stilllegungen“. Aus diesen sehr interessant gehaltenen Ausführungen sei folgendes festgehalten: Es liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, daß die Betriebsvertretungen und Belegschaften oft fragen, ob das BRG. noch zeitgemäß ist. Diese Frage muß trotz aller dem Gesetz anhaftenden Mängel bejaht werden. Wir müssen darauf bedacht sein, uns alle die im Gesetz verankerten Rechte zunutze zu machen, dann wird es auch gelingen, noch manches Günstige für den Betrieb und die Kollegen herauszuholen. Eine der wichtigsten Bestimmungen des BRG. ist das Recht der Bilanzsicht. Bei der geübten Finanzverschleierung fällt es den Betriebsvertretungen und selbst Fachleuten schwer, einen klaren Ueberblick über den Stand der Finanzen und des Betriebsvermögens zu gewinnen. Wir müssen deshalb ein Gesetz fordern, das den Unternehmern vorschreibt, ihre Betriebsbilanzen vollständig klar und übersichtlich aufzustellen. Trotz alledem ist es aber notwendig, daß sich die Betriebsvertretungen auch im Lesen der Bilanzen Kenntnisse durch Schulung erwerben. Wir fordern daher auch, daß die Amtsdauer der Betriebsvertretungsmitglieder auf 2 Jahre heraufgesetzt wird, damit sie sich in die schwierigen Fragen, die das BRG. aufwirft, besser einarbeiten können. Es ist uns gelungen, durch klaren Einblick in die Bilanz, beantragte Betriebsstilllegungen verhindern zu können. Diese Frage ist daher für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung. Das Reichsarbeitsgericht hat durch einen Entscheid. unterstrichen, daß die Betriebsvertretungen unbedingt das Recht haben, in die Betriebsbilanz Einsicht zu nehmen und sich von dem Stand des Unternehmens zu überzeugen.

Recht und Gerechtigkeit sind zwei sich gegenüberliegende Pole. Recht wird zumeist gesprochen lediglich nach den Buchstaben der Gesetze, diese Rechtsprechung stellt den ethischen Begriff „Gerechtigkeit“ meistens nicht in Rechnung. Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts lautete vor dem 14. September 1930 häufiger zugunsten, nach diesem Zeitpunkt viel häufiger zuungunsten der Arbeitnehmer. Damit ist nicht gesagt, daß das Reichsarbeitsgericht bei seinen Entscheidungen nicht nach den Buchstaben des Gesetzes verfähre, sondern lediglich behauptet, daß die den Menschen umgebenden Verhältnisse den Menschen doch wesentlich beeinflussen, gleichviel in welcher sozialen Stellung er sich befindet. Das Reichsarbeitsgericht ist daher von der veränderten wirtschaftspolitischen Lage nicht unbeeinflusst geblieben. Kollege Dr. Wolff ging nunmehr auf die einzelnen Abschnitte des BRG. und die Aufgaben sowie Tätigkeiten der Betriebsvertretungen unter Zitierung der einschlägigen Paragraphen des BRG. ein und schloß mit der Aufforderung, auch die geschlossene Phalanx in den Betrieben heraufzuziehen, fest in der Belegschaft und mit dem Betriebsrat zusammenzuhalten, um der immer geschlossener werdenden Phalanx der Unternehmer ein wirkungsvolles Paroli zu bieten.

### RUNDSCHAU

Der Außenhandel Deutschlands mit Frankreich. Der Besuch der französischen Minister in Berlin hat zur Aufnahme von Verhandlungen darüber geführt, wie die Wirtschaft der beiden Staaten enger miteinander verbunden werden kann. Unser Bild zeigt, welche Waren Deutschland im letzten Jahre aus Frankreich erhielt

Ausfuhr aus Deutschland		Einfuhr aus Frankreich
16 Fleischwaren	7 Steinkohlen	
8 Zucker	6 Weizen	
14 Sonst. Lebensmittel	10 Wein	
14 Felle, Häute	10 Pelze u. Pelzwaren	
17 Lebende Tiere	13 Gemüse	
19 Leder, Lederwaren	14 Chem. u. pharmaz. Erzeugn.	
20 Papier u. Papierwaren	15 Sonst. Lebensmittel	
21 Glas u. Porzellanwaren	16 Obst	
23 Kupfer	18 Phosphat	
26 Chem. u. pharmaz. Erzeugn.	19 Leder u. Lederwaren	
30 Elektrotechn. Erzeugn.	26 Eisenwaren	
39 Textilwaren	31 Eisenart.	
40 Pelze u. Pelzwaren	33 Wolle	
42 Bau u. Nutzholz	39 Felle, Häute	
52 Fahrzeuge	46 sonst. Fertigw.	
60 Sonst. Rohprod.		
132 Eisenwaren		
146 Sonstige Fertigwaren		
214 Kohle, Koks, Kohleprodukte		
216 Maschinenzubehör		

bzw. an Frankreich lieferte. Man sieht, daß Frankreich die hochwertigen Erzeugnisse unserer Industrie verwenden kann, während wir Lebensmittel und Rohstoffe aus Frankreich brauchen können. Vor allem ist die Schwerindustrie auf beiden Seiten der Grenzen an einem gegenseitigen Austausch von Rohstoffen interessiert, und hier dürfte auch zuerst eine Verständigung zwischen den führenden Konzernen möglich sein.

### Die Zeiten ändern sich

Von wegen Inflation! — Verehrte, Wer will denn die? Doch nicht Herr Schacht!  
 Der ist ja grad fürs Umgekehrte Und hat's sogar schon mal vollbracht.  
 Denkt ihr noch dran, ihr Hitler-Barden?  
 Es ist noch gar nicht lange her. Wir schwammen damals in Milliarden, Ein Dollar wog billionenschwer.  
 Was wir bereinst zur Sparbank Wer machte sich davon gesund? Irren, War es nicht Stinnes, Kirdorf, Hugen — ?  
 Schwamm drüber! Halt das Maul, du Hund!  
 Als alles weg war — wie, Verehrte?  
 Wer war's denn da, der über Nacht Uns eine Deflation bescherte?  
 Na also, das war Hjalmar Schacht!  
 Aufwertung! Scholl's durch Deutschlands Gauen.  
 Heraus mit unserm Zaster! Schrie's. Es drohten braune Scheine, blaue Empor zu Schacht. Her mit dem Ries!  
 Schacht wieder! hörte man's erklingen. Die Nazis rüsteten zum Putz. Schacht meinte: Göß von Verlichingen! Da war das Geld erst richtig futsch!..  
 Inzwischen hat beim deutschen Sparer Sich wieder was gesammelt lacht. Was nah'n sich da für Ringelfahrer? In Eintracht Hugenberg und Schacht!  
 Das Goldgeld für den Unternehmer, Die Wische für den Arbeitsmann, Auf daß man selbigem bequemer Das Zell vom Leibe ziehen kann!..  
 Tii-tal! Gleich zeigt auf Zwölf die Wanduhr.  
 Steh'n Deutschlands Sparer auf der Wacht? —  
 Die stehen — tempora mutantur! — Mit Hitler stramm und schreit'at Feil Schacht!  
 Jolly i. d. „W. am Montag“.

Lösung des Rätsels in Nr. 42 der „Gewerkschaft“: 1. Warnemünde. 2. Engels. 3. Rega. 4. Barium. 5. Temperament. 6. Fiktiv. 7. Ueberlandzentrale. 8. Reuter. 9. Derb. 10. Erica. 11. Naturalien. 12. Gertrud. Werbt für den Gesamt-Verband!

## „Wahn-Europa 1934“

### VI.

Dem Duce hängen die Augäpfel wie glühende Halbkugeln zwischen den entzündeten Lidern. Zwei Uhr nachts. Das Fieber raft in Capponis Blut. Das Telephon läutet Sturm. Der Präsekt von Mailand meldet, daß ein paar hundert Arbeiter die Schienenstränge bei Mailand aufgerissen haben, daß in zahlreichen Betrieben die Arbeiter die Nachtarbeit verweigern, daß bei einem Kraftfahrbataillon zahlreiche Mannschaften desertiert sind. „Erschießen! Unerbittlich zupacken!“ brüllt Capponi in den Apparat. Er stürzt vom Schreibtisch an die Wandkarte. Der Zirkel in der Hand legt über die Strecke Marseille-Genoa... Wann können feindliche Flieger Genua bombardieren... Und hier Mailand!... Turin!... Florenz!... In drei Stunden kann Rom brennen! Und die eigenen Geschwader... die eine Luftarmee kann jetzt Lyon erreicht haben... nein, erst Marseille... Tosender Lärm brandet gegen die Scheiben. Der Duce stürzt ans Fenster und reißt die Vorhänge auseinander. Schwarzes Menschengewühl. Truppen, Autos, Schwarzhemden. Dazwischen rennende Zivilistenmassen. Flucht! Flucht! Rom flieht vor den drohenden feindlichen Geschwadern. Fort! Jergendwohin... nur fort aus der großen Stadt, die zuerst dem feindlichen Bombardement ausgeliefert sein wird!

Capponi blüht mit fieberheißen Augen. Meine Gasmasken... hier! Jeder Italiener hat seine Gasmasken. Alles ist vorzüglich organisiert. Die Luftabwehr der Städte wird funktionieren. Ueberall im Land sind die Flugwachtstationen in Alarmbereitschaft. Jetzt herrscht in ganz Italien diese sinnlose Angst, diese mörderische Flucht! Der Duce fliegt wie ein getriebener Geist durch das Halbdunkel des Saales. Warum... warum dieses Grauen. Das Radiomanifest aus Paris — Fälschung! Brandt ist also doch nicht der gefürchtete rote Schrecken! Jetzt regiert er in Paris! Hebt den Erdteil auf Italien! Alle Mächte sollen sperren, blockieren! Italien verfermt!... Zurück! Zurück aus dem Taumel! Aber die Flieger überschütten ja in diesem Augenblick schon Frankreichs Fluren und Städte! Und der Franzose raft mit Giftgasen und Brandbomben Italien zu! In Mailand revoltieren Arbeiter! Ah, der Schurke Brandt! „Italiener, werft die Waffen fort! Verweigert den Gehorsam zum Mord!“ Jeder Radiobesitzer in Italien hört jetzt die Hebräer, die der Pariser Diktator über den Erdball schreien läßt! Da hilft keine Zensur. Elektrischen Wellen kann auch der Herr Roms nicht Schweigen anbefehlen... Schreit nicht eine Stimme aus der Unterwelt herauf? Italien schreit! Brüllt wie ein Tier, dem das Messer in die Kehle gestoßen wird! Zurück!... Zurück! Kann denn nichts rückgängig gemacht werden auf dieser gnadenlosen Erde...?!

Wer steht mit hämischer Frage dort in der Eingangstür...? Ah, das niederträchtige Gesicht des Engländers! Nerven! Beherrschung!

Der englische Botschafter meldet, daß seine Regierung alle Beziehungen zu Italien abbricht.

Capponis Faust fährt durch die Luft. „Jawohl, Herr Botschafter, aber in acht Tagen haben Sie den Bolschewismus im Land!“

„Die Tatkraft Ihrer Regierung hat allerdings das ihrige dazu getan!“ erwidert der Engländer und geht mit kalter Verbeugung.

Das Telephon rasselt. Capponi hat Furcht in den verglasten Feueräugen. Er reißt den Hörer hoch. Der Botschafter der Vereinigten Staaten...!

„Ich habe die Ehre, im Auftrag meiner Regierung um die Pässe zu bitten. Die Beziehungen sollen solange abgebrochen bleiben, bis Italien die Kriegserklärung zurückgenommen hat...“

Der Hörer kracht auf die Tischplatte. Aufmarsch der Welt gegen Italien! Nein, gegen einen einzigen! Verfermung! Verfernung...!

Wieder wandt ein Gespenst in den Saal. Was will der deutsche Botschafter... Capponi fällt ihn an wie ein Fieberkranker.

„Reißt sich Deutschland auch in die Reihe meiner Gegner ein? Ich erwarte gar nichts anderes, Herr Botschafter!“

Herr v. Richter ist auffallend zurückhaltend. „Die Kriegserklärung an Frankreich hat ihren Sinn und ihre Begründung verloren, Czjellenz“, sagt er in bestimmtem Ton. „In Paris regiert ein Mann, der den Frieden will, nichts anderes. Die halbe Welt hat sich bereits gegen Sie zusammengeschlossen. Auch Deutsch-

land hat die Pflicht, gegen den Krieg anzugehen. Meine Regierung erklärt deshalb den Abbruch aller Beziehungen, falls Cw. Czjellenz nicht sofort die Kriegserklärung ungültig zu machen gewillt sind!“

\* \* \*

Zwölf Uhr vierzig nachts erhielt das Hauptquartier der Luftstreitkräfte die Funkmeldung aus Nizza, daß mehrere italienische Flieger Mentone bombardierten. Ohne Weisung aus Paris abzuwarten, hatte der Oberkommandierende dreißig Kampfflieger an die Riviera vorgeworfen. Sie stießen über Fréjus mit überlegenen Feindkräften zusammen, elf Maschinen wurden abgeschossen, der Rest übers Meer gejagt.

Ein Uhr zehn traf aus Paris der Angriffsbefehl des Generalstabes ein.

Da begann die Luft über dem mond hellen Rhonebecken geisterhaft zu erzittern. Die Angriffssflotte startete! Welle auf Welle rauschte in die Mondnacht.

Doraus schossen fünfundzwanzig unbemannte Maschinen mit schwersten Bomben beladen: sie flogen ohne Menschenhilfe in vorher errechneter Richtung und sollten automatisch Zentner von Giftgasen über Rom und Mittelitalien regnen lassen. Diesen Geistermaschinen folgten dreißig noch schrecklichere Ungeheuer. Sie waren ebenfalls ohne Besatzung; ihr Kurs wurde radiotelegraphisch geleitet. Im französischen Hauptquartier konnte jeden Augenblick der ungefähre Standort dieser Mordmaschinen festgestellt und der Abwurf der Bomben veranlaßt werden.

Erst dann, hinter diesem teuflischen Schleier, der die Avantgarde des Todes bildete, stieß die Angriffsarmee nach. Doraus preschten die leichten Aufklärer, deren Funkanlagen den aufgestöberten Feind melden sollten.

Unter dem Schutz der Angriffsarmee setzten sich nun die Gruppen der Invasionsarmee in Bewegung. Sie hatten Befehl, jedem Luftkampf auszuweichen, denn sie sollten ihre Gift- und Brandbomben an die Lebenszentren Italiens heranbringen.

Don Korsika her brauchten wie Schwärme gieriger Raubvögel mehr als vierhundert Flugzeuge gegen die Küste Mittelitaliens. Die beiden anderen Gruppen der Invasionsarmee raften auf zweifachem Wege ihren Zielen entgegen; die eine Gruppe zunächst mit Südkurs, um das Meer zu gewinnen, dann nach Osten auf Genua einzuschwenken, vorbei an der Luftschlacht, die sich in der südlichen Provence mit Wahrscheinlichkeit entwickeln mußte: die andere Gruppe in vielen Wellen und in großen Höhen über die Alpenkette hinüber nach Osten.

Die vordersten Geschwader der Angriffsarmee vernahmen schon wenige Minuten nach dem Start dröhnendes Geschützfeuer in der Ferne. Es kam aus der Richtung von Toulon. Die Abwehrgeschütze des Kriegshafens standen anscheinend schon im Kampf mit den Angreifern.

In einer Frontbreite von mehr als hundert Kilometern tosten die französischen Flieger heran, den gemeldeten feindlichen Geschwadern entgegen. Wellen hinter Wellen, Wellen übereinander. Orkanartiges Brausen, heulende Motore. Die Mondscheibe hing glitschend zwischen den Wolken.

Von Osten und Süden her quoll es den Franzosen entgegen. Silbrige Silhouetten mit dumpfem Flügelrauschen. Kanonendonner um Kanonendonner rollte von der Küste her, die der Feind längst beherrschte. Vor der französischen Luftfront zuckten die italienischen Aufklärer auf, verschwanden wieder im Mondflimmern. Leucht-signale zischten in die Nacht. Maschinengewehre knatterten, verstummten.

Plötzlich schien der Himmel einzustürzen. Große Teile der beiderseitigen Luftflotten waren aufeinandergeprallt. Die Luftschlacht entbrannte.

In haßvollem Chor rasselten die Maschinengewehre. Ueber der Provence und weiter nördlich über der Alpenkette setzte die Quvertüre des Dölkermordens ein. Zweihundert, fünfhundert Meter über Dörfern und Städten, über nächtiger Landschaft schlugen die Gewitter gegeneinander. In tausend, zweitausend Meter Höhe rastete der Tod. Sechstausend Meter über der Erde scholl der Mordruf. Schlacht zwischen Himmel und Erde. Fünfzehnhundert Franzosen und Italiener kämpften Mann gegen Mann. Motor gegen Motor.

Verlagsanstalt „Courter“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Mühlenschloßplatz  
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 36, Schleißer Straße 42